

Berliner Volks-Zeitung

Vor der Entscheidung.

Morgen beginnt der Kampf um die Finanzreform im Plenum des Reichstages, und es wird sich bald zeigen, ob der konservativ-polnische Block dem Volke und der Regierung weiter wird seinen Willen aufzwingen können. Beleglich mahnt die „Rohr. Ztg.“:

„Die Finanzreform muß und wird diesmal durchgeführt werden. Die Frage ist nur, ob der konservativ-polnische Block so weit geht, wie dem deutschen Volke im einstigen agrarischen Standesinteresse und politischen Interesse des konservativen Zentrumstrumpfs anzuzeigen oder ob sie im Einklang mit den Interessen des Staatsganzen gemacht wird. Herr Bülow hat uns nicht ins Vertrauen gezogen; wir glauben aber nicht, daß ein Staatsmann seines Schicksals seine Reputation vor der Weltgeschichte preisgeben und seinen Namen an die Spitze einer Verräterschaft setzen wird, in der nicht die augenscheinliche Mehrheit, sondern die politische Reaktion die Mehrheit ist. Dazu kommt, daß es physikalisch unmöglich wäre, daß Herr Bülow nach allem, was vorgefallen, um solchen Preis mit Erzberger einen innerlich unruhigen, unhaltbaren Frieden schloße. Inwieweit, das sind Persönlichkeitsfragen zweiter Rangs. Wäre Herr Bülow oder ein anderer einer solchen konservativ-polnischen Finanzgestaltung ihren Stempel geben; sicher ist dann ein Kampf ohnehin, der auf Jahrzehnte hinaus unser politisches Leben vergiften wird.“

Es hat nicht den Anschein, als ob man auf konservativer Seite dieser Stimme Gehör schenken wollte. Die „Kreuz-Ztg.“ polemisiert in einer liberalen gefühligem Manier gegen den Unzufriedenheitsblock. Mit der in diesem Artikel ausgesprochenen Meinung stimmt es überein, wenn sich die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin melden läßt:

Der Reichstagsler wird in der Reichstagsstimmung nicht auf die einzelnen Abgeordneten eingehen, sondern über die Aufgabe der Reichsfinanzreform im allgemeinen und über die parteipolitischen Vorgänge und auch über die Konzeption sprechen, die eine den jetzigen Verhältnissen der Regierung nicht entsprechende Gestaltung der Reichsfinanzreform durch eine Mehrheit des Reichstages haben würde. Man wird die Sache zu Ende bringen, so oder so. In der Hauptsache hängt alles davon ab, namentlich in bezug auf die politische Seite der Sache, ob eine ausreichende und gerechte Durchsichtung zustande kommt. Die Konventionen sind noch mehr das Zentrum bleiben dabei, daß für sie ein jeder Maßstab der Erbchaftssteuer unannehmbar sei.

Dann ist die Vorlage der Regierung schon gefallen, und dem Fürsten Bülow bleibt nur zweierlei übrig, entweder der Reichstag anzunehmen oder zurückzutreten, falls er nicht noch ein drittes „S“ findet und die ganze Sache bis zum Herbst schiebt. Am liberalsten freies und fortgesetzt damit gerechnet. So schreibt die „Vö. Kor.“:

Die Reichsfinanzreform — wenn man den unheimlichen Namen „Reform“ hier überhaupt anwenden will — soll unter Buch und Fach gebracht werden. Ob es gelingt, steht sehr dahin; wir zeigen der Auffassung hin, daß es in diesem Sommer wenigstens nicht mehr gelingt, da die Regierung noch wieder ganz neu, bisher noch gar nicht befragt, tief in das Erwerbsleben eindringende, dem ersten Eindruck nach außer halb des öffentlichen Bewusstseins hat und auch die Durchsichtung der von der Reichsfinanzreform übernommenen Projekte nicht über ihre Grenzen werden darf. Die Ergebnisse der Kampfunmission sind so schlecht, daß es geringerer Wertigkeit als der des Fürsten Bülow gehen würde, sie in Grund und Boden zu reden. Vorwärts hat es aber trotzdem den Anschein, als ob die neue Mehrheit sich auf die Annahme dieser Konventionen von Reichs- und Landesparlamenten und distanzierter Steuerträger beschränken und die Regierung eine empfindliche Niederlage bereiten würde. Die Schritte der Regierung, ihr teilweise eingehen auf die Anzeigen der Freunde — diese Momente sind jedenfalls andererseits nicht geeignet, den Liberalismus zu befeuern, der sich haltbar einer solchen Regierung zu sein.

Wie sich der Liberalismus zu den neuen Erfordernissen verhalten muß, haben wir erst heute morgen dargelegt: Ablehnen. Ein anderes gibt es nicht.

Ein neuer Protest.

Die freileibige Vereinigung hielt gestern abend eine öffentliche Versammlung in der Victoria-Brauerei in der Hühnerstraße ab, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Baumann über das Thema: „Protest des deutschen Bürgertums gegen die konservative Finanzreform“ referierte. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die von der Organisation der freileibigen Vereinigung einberufene Versammlung spricht nach dem Vortrage des Abgeordneten Baumann den freileibigen Abgeordneten ihre Zustimmung zu dem Widerstande aus, den sie dem Verzuge der konservativen Entengerechtheit haben, im Umde mit Zentrum und Polen die Finanzreform an einer unersättlichen Belastung von Handel und Gewerbe ausgesetzt und den großen Grundbesitzern ein lästiges eine allgemeine Erhöhung des Preises zu verheimlichen. Sie verurteilt mit Freude das Erwachen des Bürgerertums und hofft, daß das englische Beispiel, das sie sich jetzt zum Vorbild genommen haben, der konservativen Herrschaft des Agrarismus ein Ende zu bereiten.“

Die Versammlung war so stark besucht, daß sich der zuerst in Aussicht genommene Saal als viel zu klein erwies, und der größte Saal wurde als die Versammlung, die gegen die konservativen finanziellen Steuerpläne Protest einlegen wollten.

Die Zweikaiserbegegnung in den finnischen Schären.

Kaiser Wilhelm II. ist von der Widdaröfjärden heute vormittag um 9 Uhr 40 Minuten mittels Sonderzuges nach Danzig abgereist, von wo er sich mit der „Königin Wilhelmine“ nach den finnischen Schären zur Begegnung mit dem Kaiser begibt.

Das Organ des russischen auswärtigen Amtes, die „Rossa“ veröffentlicht aus Anlaß der bevorstehenden Zusammenkunft der beiden Monarchen einen langen Zeitartikel, den der offizielle deutsche Telegraph weiter verbreitet. Derselbe entnimmt dem Artikel die folgende Stelle:

„Rusland hat seine traditionellen Beziehungen zu Deutschland immer hochgehalten und wird sie hochschätzen. Ziel ihm völlig vereinbar mit den Bundesverpflichtungen Russlands und bilden das gewichtigste Unterpfand für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens. Ein Wiederbrechen auch nicht im geringsten den Beziehungen, die in der letzten Zeit zwischen Russland und England hergestellt worden sind. Daher liegt keinerlei Grund vor, irgendwelche neue politische Kombinationen oder Veränderungen der Mächtegruppierungen voraus zu sehen.“

Nach einem Telegramm aus Petersburg wird aus Anlaß der Zusammenkunft des Kaisers mit Kaiser Wilhelm ein russisches Torpedoboot in den finnischen Schären konzentriert, das dem Kaiser die Kaiserin bis Sibau zurückzuführen und ihn dann bis zu den Ort der Begegnung begleiten soll.

Wenn bei dieser Fahrt der russische Torpedoboot nur sein Unglück passiert! Daß sich die russische Marine trotz der schlimmen Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges noch immer nicht in bestem Zustande befindet, beweist die jüngste Unglücksnachricht aus dem Hafen von Sebastopol, wo an einem Tage ein Unterseeboot mit Mann und Maus untergegangen und ein Torpedoboot vollständig ausgetrieben ist.

Der Streik in Kiel.

Nach einem Telegramm aus Kiel wurden von der dortigen Arbeiterkammer gestern abend drei Versammlungen abgehalten, in denen der Streik der Arbeiter der kaiserlichen Werftgeschäften beschlossen und dem Streikenden die Unterstützung der Angehörigen zugesprochen wurde. Vor einem der Versammlungen, dem Arbeiterklub, kam es nach dem Schluß der Versammlung zu heftigen Auseinandersetzungen, so daß die Polizei den Platz und die angrenzenden Straßen räumte. In der herrschenden Unruhe tritt eine Anzahl von Personen Verletzungen.

Die englischen Geistlichen in Berlin.

Das Comité für den Gegenbesuch der Vertreter der christlichen Kirchen Großbritanniens in Deutschland veranstaltete gestern abend zu Ehren der englischen Gäste ein Festmahl im Landesausschussraum. Von den Anwesenden sind besonders zu nennen Reichsgerichtspräsident Ebdow, der Staatsminister v. Studt und v. Müller, Generalstatthalter v. Mendelssohn und Reichstagsabgeordneter Schröder. Staatsminister v. Studt verlas das folgende Telegramm des Reichstagskanzlers Fürsten v. Bülow:

„Indem ich den Vertretern der christlichen Kirchen Englands mein Bedauern ausdrücke, heute nicht ergehen zu können, spreche ich zwar die Gelegenheit, die Gäste im Namen der kaiserlichen Regierung auf deutschem Boden und in der Hauptstadt des Reiches willkommen zu heißen und ihnen zu versichern, daß ihre auf den Frieden gerichteten Bestrebungen bei mir und der Regierung alle Förderung finden werden. Als Verkörper des Friedens Gottes auf Erden sind die Vertreter der christlichen Kirchen Englands mit den Vertretern der Kirchen in anderen Staaten besonders dazu berufen, Friedensfeindlichen Streitigkeiten entgegen zu treten. Mögen unsere Gäste und christlichen Brüder die Liebesgemeinschaft mit nach Hause nehmen und dort vertreten, daß hier ein friedliches und arbeitames Volk wohnt, das ebenso wie seine Regierung den lebhaftesten Wunsch hegt, mit seinen Brüdern jenseits des Kanals in Frieden und Freundschaft zu leben.“

Oberprediger Ryander sagte in einer Ansprache, wie jeder große Gottesgedanke siegen müsse, so müsse endlich auch der große Gottesgedanke des Friedens siegen. Von deutscher Seite sprach der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates Wittig, Prälat Reineckebus und Professor D. v. Soden. Von den englischen Gästen antwortete der Bischof von Exeter John Ellis, Mitglied des Unterhauses, der Lord Bishop of Southwark, Dr. Collins und Dr. Abel Garvis.

Eine gemeinsame Friedensfundgebung.

Die freileibigen Geistlichen versammelten sich heute vormittag in der Halle des hiesigen Landesausschusses, um in Gemeinschaft mit ihren deutschen Kollegen eine Kundgebung an beide Nationen zu beschließen. Es hielten dazu Reden der Generalpräsidenten von Berlin D. Faßer und Professor D. v. Soden sowie eines Engländers. Aus Anlaß des Welches deutsche Geistliche in London war in einer großen Versammlung folgende Resolution einstimmig gefaßt worden, zu der beste Stellung zu nehmen war:

„Wir Vertreter der christlichen Kirchen Deutschlands und des Vereinigten Königreichs richten in der Erkenntnis, wie sehr der Friede von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern abhängt, an alle Klassen selbst aller der Welt, durch ernste Bemühungen einen Geist gegenseitigen Wohlwollens und gegenseitiger Freundschaft zu nähren. Unsere Völker sind eng miteinander verbunden durch alle Stammesgemeinschaft, durch Verwandtschaft unserer Herrscher, durch unsere Geschichte, unsere lange Freundschaft, unsere gegenseitigen Verpflichtungen auf

dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft, vor allem aber durch unser gemeinsames Christentum. Wir halten dafür, daß das Bewußtsein dieser großen Verflechtungen im Herzen unserer Völker tief eingegraben ist, und daß sie unserer Überzeugung bekräftigen, daß eheliches Zusammenwirken zwischen uns viel dazu beitragen wird, das Kommen des Reiches des Friedens auf Erden und des Wohlwollens unter den Menschen zu beschleunigen.“

Diese Resolution wurde heute einstimmig gutgeheißen und in folgenden Worten bestätigt:

„Wir sind eins in dem wahren Bestreben und selbst persönlich dafür einzusetzen, daß das Band des Friedens immer fester um unsere Völker geknüpft werde. Wir sind eins in der hehrlichen Bitte an alle unsere Volksgenossen, mitzugeben, daß die alte Tradition der Nächstenverwandtschaft nicht überfordert, daß die alten und neuen Stimmen mächtigster geistiger Einflüsse und geistlicher Lebenslieferung zur Geltung kommen und vor allem, daß die ewige Stimme des Evangeliums der Liebe ihre Macht erweise. Wir sind eins in dem innigen Glauben, daß der Gott des Friedens um seines Namens und seines Reiches willen unser Vornehmen reichlich segnen werde.“

Dieser Saal zu Ehren der englischen Geistlichen eine akademische Feier in der Aula der Universität statt. Nach einer Ansprache des Rectors der Universität Professor Dr. Kahl hielt Professor Dr. Garndt einen Vortrag über „Ebenen und nationale geistige Literatur.“

Um zwei Uhr ergaben sich die englischen Gäste vom Bahnhof Bahnhof im Gotzenzuge zum Besuch der Wartburg nach Weimar.

Die Duma für die Glaubensfreiheit.

Wie aus Petersburg berichtet wird, nahm die russische Reichsduma gestern in zweiter und dritter Lesung den Entwurf über die Glaubensfreiheit mit einer Änderung gemäß einem Antrag der Christlichen an, derzufolge der Herrschaft über die russischen Konfessionen in eine nichtchristliche und die Erklärung der Konfessionsfreiheit gestatten werden sollen, obwohl sich kürzlich Stolypin in langer Rede gegen diese Amendments ausgesprochen hatte. Die Abgeordneten der Rechten, der gemäßigten Rechten und der Nationalisten enthielten sich der Abstimmung. Die Rechte verließ dabei demostriert den Sitzungssaal. Ferner nahm die Duma einen Gesetzentwurf an über die Regulierung der Reichsreligion im Gebiete der preussischen und österreichisch-ungarischen Grenze.

Der Tod des Präsidenten Penna.

Nach einem Telegramm aus Rio de Janeiro ist das Leichenbegängnis für den gestern verstorbenen Präsidenten der brasilianischen Republik Penna auf den 16. Juni angesetzt worden.

Der Vizepräsident Dr. Nilo Peçanha hat gestern die Regierung übernommen. Das Ministertum und der Chef der Polizei haben ihre Demission gegeben. Auf Wunsch des Präsidenten Nilo Peçanha werden sie noch einige Tage im Amt bleiben. Der neue Präsident erklärte, daß seine Regierung eine Regierung der Einheit und des Friedens sein werde.

Mandatsraub und politischer Anstand.

Den Wahlskampf für die bevorstehenden Landtagswahlen wählen, die infolge der Auflösung der vier sozialdemokratischen Berliner Mandate notwendig sind, hat die Demokratische Vereinigung in vielen Berliner Reichstagswahlen geführt. Der Reichstag gestern abend durch eine sehr stark besetzte Versammlung in den Anwesenheit eingeleitet.

Der Referent Herr v. Gerlach behandelte das Thema: „Mandatsraub und politischer Anstand.“ Er erinnerte zunächst an den Kampf, mit dem der viel zu früh verstarbene Dr. Theodor Barth den Kampf für die Einführung eines demokratischen Wahlrechtes in Preußen geführt habe. Sein Lob liege für den preussischen Wahlrechtskampf ein schwerer Verlust. In Ausübung der politischen Verantwortlichkeit unteres Häufers sind wir gefonnen, wir demokratischen Demokraten.

Der Kampf für ein freies Wahlrecht.

In Preußen zu führen, bis uns der Siegespreis winkt und eben den Kampf zu führen gegen den brutalen Mandatsraub, um durch die Wiederwahl der vier sozialdemokratischen Abgeordneten der Reichstagswahl zum Siege zu verhelfen. Wir sind in diesem Falle gefonnen, die Sache der Sozialdemokraten zu führen, weil die Sache der Sozialdemokraten und die Sache des politischen Anstandes sich decken. (Beifall.) Das Verfahren im preussischen Abgeordnetenhaus zur Auflösung der vier Mandate wurde formell und materiell ein schwerer Verstoß gegen jedes Rechtsbewußtsein. Der Reichstag Jordan v. Krüger hat bei der Abgeordnetenhandhabte den Sozialdemokraten die Vertretung beschränkt und die Mehrheit des Dreifachparlamentes hat durch den Schluß der Debatte den sozialdemokratischen Rednern die Zurückweisung der folgenden Behauptungen von Strofer und spießig unmöglich gemacht. Die Reichstagsfrage über die Zulässigkeit der von Berliner Magistrat aufgestellten Wahllisten war zum mindesten zweifelhaft und da hätte der juristische Grundbesitz in dubio pro pro, im Zweifelsfalle für den Angeklagten, Platz greifen müssen.

Ein brutaler Verstoß.

Gegen alles Rechtsbewußtsein ist es aber, daß man wegen der angeblich falschen Vorkenntnisse über die sozialdemokratischen Mandate faßt und die übrigen zum Teil freileibigen Berliner Mandate, die auf Grund der selben Vorkenntnisse zustande gekommen sind, beibehalten läßt. Doch die Freileibigen unter der Führung Friedrichs die eiserne Stille gebildet haben, bei dieser Sachlage nur die vier Sozialdemokraten aus dem Abgeordnetenhaus hinwegzudrängen, das ist es, wogegen sich das Rechtsbewußtsein des Volkes wendet. Wir appellieren an das Rechtsbewußtsein der anständigen Berliner Reichstagsmitglieder, wenn wir sie auffordern, durch ihre Stimmen bei der Erledigung der brutalen Mandatsraub zu verweigern. Die Begründung der Mandatsauflösung mit dem Terrorismus der Sozialdemokratie ist

eine arge politische Schandtat.

Jede öffentliche Abstimmung ist ein Akt des Terrorismus an sich. Hunderttausenden von preussischen Wählern ist durch die Regierung ausgedrückt; bei den Landtagswahlen die Abstimmung nach ihrer Überzeugung unmöglich gemacht. Seit dem Verleihen des Wahlrechts haben die in der Nacht befindlichen Abgeordneten immer die öffentliche Wahl zur Verewaltigung der abgängigen auf